

Und wer soll das bezahlen?

Im volkswirtschaftlichen Kreislauf entstehen durch 120 Euro zusätzliche Ausgaben, die ausschließlich für neue brutto-bezahlte Arbeitsplätze (einschließlich der Arbeitgeberbeiträge), z. B. in den Familien mit Kindern, ausgegeben werden, folgende vier Effekte:

1. mindestens 60 Euro werden an Steuern und Sozialbeiträgen den öffentlichen Kassen wieder zugeführt, ohne dass ihnen zusätzliche Ausgaben gegenüberstehen.
 2. In der Volkswirtschaft insgesamt können bezogen auf unsere 120 EURO bis zu 28 EURO an fisk. Kosten der Arbeitslosigkeit, der Familien- und Sozialhilfe usw. eingespart werden.
 3. Die verbleibenden 32 EURO werden zu 100 % für zusätzliche Konsumgüter und Investitionen (z.B. Wohnungsbau) ausgegeben, wodurch im Kreislauf der Wirtschaft ein Wachstum von 64 EURO entsteht. Bei einer Abgabequote für zusätzliches Wirtschaftswachstum von 0,5 (nach Erhöhung der Mehrwertsteuer) werden dadurch wieder 32,- Euro in die öffentlichen Kassen eingezahlt.
 4. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt insgesamt um 124 EURO und erhöht den Spielraum bei der Defizitquote der Maastricht-Kriterien um 3,72 EURO, die Schuldenstandsquote sinkt dauerhaft unter die vorgeschriebenen 60 % des BIP.
- Nach Durchführung der Maßnahme können die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge durch 15 Mio zusätzliche Steuer- und Beitragszahler um 24 % gesenkt und eine neue Abgabe für die Finanzierung des Erziehungs- und Pflegeeinkommens von 24 % auf die dann höhere Lohn- und Gehaltssumme erhoben werden.

Was können Sie tun?

1. Solidarisierungsliste unterschreiben und Ihre Meinung im Gästebuch unserer Homepage „www.erziehungseinkommen.org“ publizieren. (Wenn Sie keinen Zugang zum Internet haben, wenden Sie sich bitte an Hans Ludwig oder Helga Vetter. Sie setzen Ihren Namen auf die Unterschriftenliste.)
2. Im Umfeld in Gruppen und sonstigen Versammlungen das Thema aufgreifen und besprechen. Wir stellen gerne Argumentationsmaterial zur Verfügung
3. Politiker, Gewerkschafter und Kirchenleute quer über alle Parteien einladen und mit unseren Vorstellungen öffentlich konfrontieren.
4. [Eine Spende auf folgendes Konto überweisen: Verband der Familienfrauen und –männer e.V., Stichwort „PEPe“, Postbank München, BLZ 700 100 80, Kto 256491-805](#)

Bisher wird das Manifest unterstützt von:

1. AGB Arbeitsgemeinschaft für gesellschaftspolitische Bildung, Bad Honnef
2. Deutscher Arbeitskreis für Familienhilfe e.V., Kirchzarten,
3. Verband der Familienfrauen und –männer, e.V. Grünstadt,
4. Europäisches Institut zur Aufwertung der Erziehungsarbeit, Berlin
5. Heidelberger Büro für Familienfragen und soziale Sicherheit, Tübingen
6. Institut für sozialwissenschaftliche und theologische Organisationsstudien, Bretzenheim (Nahe)
7. Koordinationskreis Familien- und Gesellschaftspolitik, Kirchzarten
8. Mitglieder des Regionalkreises Saarbrücken der ehemaligen Honnefer Jahreskursisten
9. Oswald-von-Nell-Breuning-Haus der Kath. Erwachsenenbildung im Kreis Saarlouis, Dillingen (Saar)

PEPe wird getragen von:

- Verband der Familienfrauen und –männer e.V.
- Oswald- von- Nell-Breuning-Haus der KEB in Dillingen (Saar)

Kontaktadressen:

Helga Vetter, Verband der Familienfrauen und –männer e.V., Probststraße 9, 67283 Obrigheim, Tel. 0 63 59-20 58 51, Fax 0 63 59 – 20 58 53, E-Mail: hvetter@dhg-vffm.de, Homepage: www.dhg-vffm.de

Für inhaltliche Fragen:

Hans Ludwig, Adelinenstraße 7, 66693 Mettlach, Tel. 0 68 64 - 80 07 78, E-Mail: Halume@t-online.de, Homepage: www.erziehungseinkommen.de

Für Presse und Öffentlichkeitsarbeit:

Ludger Reuber, Erntestraße 34, 51427 Bergisch-Gladbach, Telefon 02204/61243, E-Mail: ludger_reuber@online.de

Homepage PEPe: www.erziehungseinkommen.org
Stand Frühjahr 2006

Familie ist Arbeit...

sagt das Statistische Bundesamt 2002

Schaubild mit Grafik
Zeitverwendungsstudien des
Statistisches Bundesamtes, s.
Vollbeschäftigung ist möglich, Seite
124

Quelle: Statistisches Bundesamt

Das heißt: Zwei Drittel der produktiven Arbeit in unserer Gesellschaft werden in den Familienhaushalten geleistet, der größere Teil davon von den Frauen und ein großer Teil in der Erziehung der Kinder und Pflege der kranken und älteren Angehörigen.

Nicht nur aus der Arbeit der Werktätigen, sondern immer schon aus der bisher unbezahlten Arbeit in den privaten Familienhaushalten stammt der Wohlstand der Völker.

Familie schafft ausreichend gesellschaftlich anerkannte und bezahlte Arbeit, wenn wir es intelligent anstellen:

Neben der Marktarbeit, die durch die positive Entwicklung der Arbeitsproduktivität immer weniger gebraucht wird, und der durch Umverteilung finanzierten Transferökonomie muss die in diesen beiden Bereichen nicht mehr gebrauchte Arbeit in einem neuen dritten Bereich, brutto-bezahlt eingesetzt werden. Damit kann wirtschaftliches Wachstum bis zur Vollbeschäftigung wieder möglich werden.

Das immer geltende Schuldenparadox sorgt dann dafür, dass sich dieser neue Wirtschaftsbereich selber finanziert.

Unser Aufruf zum 1. Mai

Arbeit für alle durch Erziehungs- und Pflegeeinkommen

Jeder private Familienhaushalt mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren oder einer pflegebedürftigen Person erhält durch die Bundesagentur für Arbeit monatlich ein Bruttoeinkommen in Höhe eines durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommens, z. Zt. etwa 2.000 Euro. Voraussetzung ist, dass im Haushalt ein Arbeitsplatz eingerichtet wird, der von einer Person im erwerbsfähigen Alter eingenommen wird. Dieser Arbeitsplatz kann in Teilzeit, oder Vollzeit, oder stundenweise - auch von mehreren Personen im gleichen Haushalt - eingenommen werden. Es kann sich dabei um Familienmitglieder oder Personen vom Arbeitsmarkt handeln. Es darf insgesamt nur die Bezahlung für einen Vollzeit-arbeitsplatz in Anspruch genommen werden. Das Erziehungs- und Pflegeeinkommen ist steuer- und sozialversicherungspflichtig.

In einem Paket von flankierenden Maßnahmen werden weitere 1 Mio Arbeitsplätze
- für Aus- und Fortbildung im dualen System,
- Dienstleistungsagenturen zum Ausgleich von Urlaubs- und Krankheitszeiten sowie
- wissenschaftliche Begleitmaßnahmen geschaffen.
Insgesamt entstehen so bis zu 15 Mio sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Damit die zuständige Notenbank die durch dieses Wachstumskonzept steigende Geldmenge ohne restriktive Maßnahmen tolerieren kann, einigen sich die Tarifparteien, die öffentlichen Haushalte und die Notenbank in einem Stabilitätspakt auf eine Einkommens- und Steuer- und Abgabepolitik, die die Lohnstückkosten stabilisiert und die Preisniveaustabilität sichert. Dies wird u. a. auch ermöglicht durch länger geltende „Friedens“abkommen, die aber bei Verletzung der Preisdisziplin außerordentlich gekündigt werden können.

Die Finanzierung des Erziehungs- und Pflegeeinkommens wird von den Wirkungen des

sogenannten „Schuldenparadox“ erwartet.¹ Erwartet wird also die Bereitschaft zu mehr Staatsverschuldung (ex ante), die aber gerade dadurch (ex post) nicht eintritt.²

Durch das Konzept werden also gleichzeitig angestrebt:

- Vollbeschäftigung für Frauen und Männer
- Beseitigung der Armut in Familien mit Kindern
- Konsolidierung der öffentlichen Haushalte
- Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme
- Überwindung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung
- Aufbau einer eigenständigen sozialen Sicherung der in den Familien Arbeiten
- Echte Wahlfreiheit

¹ Dieses ist gegeben, wenn eine Staatsverschuldung in der Rezession zu Einkommens- und Beschäftigungseffekten führt, die dem Staat Mehreinnahmen und Ausgabensparnisse verschaffen, die die ursprüngliche Staatsverschuldung kompensieren oder sogar überkompensieren.“ Vgl. A. Oberhauser: Das Schuldenparadoxon, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Stuttgart, 1985, Band 200/4, S. 333 ff

² Das Gutachten MAKSIME des ZAW (Zentrum für angewandte Wirtschaftsforschung in Bonn) hat für das **Erziehungseinkommen** gezeigt, dass bei sukzessiver Einführung, entsprechender Gestaltung und Weiterentwicklung eine Selbstfinanzierung **dieses** Projektes von Anfang an und eine Rückkehr zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien möglich ist. Vgl. „Makroökonomische Simulation der Wirkungen eines zusätzlichen Erziehungseinkommens“ (MAKSIME), in: Jünemann/Ludwig (Hrsg.), Vollbeschäftigung ist möglich! Merzig 2002.